

Altersarmut bekämpfen

26. Sozialkonferenz tagt in Osnabrück

nak **OSNABRÜCK.** Die wachsende Altersarmut müsse entschlossen bekämpft werden. Das forderte am Wochenende die 26. Osnabrücker Sozialkonferenz (OSK). Auch pflegende Angehörige bräuchten mehr Unterstützung.

Die OSK startete mit einem Blick nach Münster. Dort hat sich eine Studie mit dem Thema Altersarmut beschäftigt und „viele vorhandene Erkenntnisse bestätigt“, so Björn Wendt von der Universität Münster. Wesentliche Gründe für Armut im Alter seien demnach die Beschäftigungs- und rentenpolitische, aber auch die gesellschaftliche Entwicklung. Besonders betroffen von Altersarmut seien Frauen, deren Renten – nicht nur in Münster – durchschnittlich etwa halb so hoch wie die der Männer ausfallen.

Während die Bekämpfung der Ursachen vor allem bundespolitisch angegangen werden müsse, seien Kommunen gefordert, wenn es um die konkrete Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen gehe. Dabei könnten bürgerschaftliches Engagement und städtische Verwaltung einander wirkungsvoll ergänzen: „Ältere arme Menschen benötigen Unterstützung in ihrem Quartier.“

Offener Brief an den OB

Diesen Ansatz gibt es auch in Osnabrück, wie Anette Herlitzius vom Seniorenbüro



Bei der Tagung (von links): Lydia Kocar, Björn Wendt, Susanne Hallermann und Manfred Flore. Foto: Hermann Penfermann

der Stadt erläuterte. Im Konzept: „Älter werden in Osnabrück – Baustein 1“ seien die Bedürfnisse älterer Osnabrücker in allen Lebensbereichen vom Wohnen über soziale und kulturelle Teilhabe bis hin zur Mobilität besonders berücksichtigt worden. Dabei habe der Bezug zum Quartier besondere Bedeutung. Die OSK-Organisatoren nahmen das Konzept zum Anlass für einen offenen Brief an Oberbürgermeister Griesert und die Mitglieder des Rates unter dem Titel: „Altersarmut in Osnabrück entschlossen bekämpfen“. Darin regten sie angesichts wachsender Altersarmut an, alle Bereiche des Konzeptes unter diesem Aspekt zu betrachten: Mobilitäts-, Wohn- und kulturelle Angebote für ältere Osnabrücker müssten auch für arme Menschen be-

zahlbar und gut erreichbar sein.

Zudem wurde ein Konzept gegen Altersarmut gefordert, das die besonders betroffenen Gruppen in den Fokus nimmt. Schließlich sollte ein kommunales Konzept zur Unterstützung pflegender Angehöriger, beispielsweise durch Einrichtung unabhängiger Pflegestützpunkte, umgesetzt werden.

Diese Forderung wurde auch durch das Referat von Susanne Hallermann von der „Initiative gegen Armut durch Pflege“ untermauert: In Deutschland pflegten demnach mehr als vier Millionen Menschen – überwiegend Frauen – ihre Angehörigen und gerieten dadurch häufig in Armut: „Pflegerische Angehörige müssen auch vor Ort unterstützt werden“, so Hallermann.

NOZ 28.4.15